

Beschluss

Für ein Europa ohne atomare Bedrohung

1945 wurde die erste Atombombe im Krieg gezündet. Hunderttausende kamen seither durch die direkten und indirekten Folgen, durch Atombombenversuche und atomare Katastrophen wie Tschernobyl ums Leben. Unendliches Leid wurde und wird durch Krebserkrankungen als Folge der Strahlung verursacht.

Zivile und militärische Nutzung sind seit jeher die beiden negativen Seiten ein und der selben Medaille. Physikalisch ist ein Reaktor nichts anderes als eine extrem verlangsamte Bombe. Die Chemikalien und die physikalischen Vorgänge sind im Prinzip die Gleichen. Frankreichs „Force de Frappe“ wurde auch finanziert über die stark ausgeweitete zivile Nutzung des Atomstroms, Pakistans Atombomben wären ohne die Spionage Kadir Khans bei der Urenco nicht machbar gewesen, Israels Bomben nicht ohne den von Frankreich geförderten Reaktor in Shimona und die Bedrohung durch eine mögliche „iranischen Bombe“ nicht ohne den ursprünglich von Siemens gebauten und später von Russland fertig gestellten Reaktor in Busheer ...

Der Weg zu einem Europa ohne atomare Bedrohung ist weit, aber unumgänglich und machbar. Je eher wir anfangen, umso leichter wird er sein. Die nicht verantwortbare Alternative ist weitere Zerstörung von Umwelt, Gesundheit und Menschenleben, die Gefahr nuklearen Terrorismus sowie die Möglichkeit eines Einsatzes Nuklearer Waffen im Kriegsfall innerhalb oder außerhalb Europas mit weltweiten verheerenden Folgen.

Wir werden uns daher dafür einsetzen, dass ...

- die in Büchel gelagerten und im Widerspruch zum Atomwaffensperrvertrag (NVV) unter deutscher „Nuklearer Teilhabe“ stehenden Atombomben, endlich abgezogen und vernichtet werden, statt sie zu modernisieren. Der aktuelle Koalitionsvertrag geht das Problem nicht an und lässt das Thema offen.
- Europa atomwaffenfrei wird. Dafür müssen auch die europäischen Atomkräfte Frankreich und Großbritannien ihren Beitrag leisten und ihre Atomwaffenarsenale abrüsten. Auch die EU als Zivilmacht und Friedensnobelpreisträgerin darf nicht selbst zur Atomkraft werden. Letzteres wurde im NVV (Artikel VI) von diesen Staaten (wie auch von den anderen Atomkräften) verbindlich zugesagt.
- unsere europäischen Partnerstaaten und unsere osteuropäischen Nachbarländer beim Umbau ihrer Energieindustrie bestmöglich unterstützt werden und ihnen – wo vorhanden – beim schnellstmöglichen Ausstieg aus der Nutzung der Atomenergie geholfen wird. Den Euratomvertrag wollen wir durch ein neues Vertragswerk zur Förderung Erneuerbarer Energie ersetzen. Dazu wollen wir die Dezentralisierung der Energieversorgung fördern und die intelligente Vernetzung vorbringen.

- die Aufnahme von multilateralen Verhandlungen der offiziellen Atommächte USA, Russland, China, Großbritannien und Frankreich, der faktischen Atommächte Nordkorea, Indien und Pakistan sowie der inoffiziellen Atommacht Israel initiiert wird mit dem Ziel der vollständigen Abrüstung und der von den VN kontrollierten Vernichtung der gesamten weltweit vorhandenen atomaren Bestände.
- Deutschland und die anderen europäischen Staaten die von Neuseeland eingebrachte und bisher von 125 Staaten (inkl. der NATO-Staaten Dänemark, Norwegen und Island) unterzeichnete Erklärung „*UNGA 68: First Committee Joint Statement on the Humanitarian Consequences of Nuclear Weapons*“ unterstützt, in welcher der Einsatz von Atomwaffen unter allen Umständen verurteilt wird. Deutschland verweigerte bisher seine Unterschrift; die deutsche Zustimmung scheiterte dabei insbesondere an dem Satz: *“Es ist im Überlebensinteresse der ganzen Menschheit, dass Atomwaffen nie wieder und unter keinen Umständen eingesetzt werden.”* Dies geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine schriftliche Anfrage der Grünen hervor. Die Formulierung *“unter keinen Umständen”* stehe demnach im Widerspruch zur NATO-Abschreckungsdoktrin.
- die ausnahmslose „Ächtung“ des Besitzes von Atomwaffen durch die VN und alle ihre Mitgliedstaaten mit verbindlichen Sanktionen im Fall einer Zuwiderhandlung – analog zum Umgang mit Biologischen und Chemischen Waffen – angestrebt wird.
- die Verarbeitung von Uran europaweit beendet wird.
- mit unseren europäischen Partnern verantwortbare Endlagerkonzepte entwickelt und in allen Ländern, wo Bedarf besteht, dauerhaft sichere Endlager unter frühzeitiger und umfassender Beteiligung der BürgerInnen der betroffenen Regionen geschaffen werden.
- der Abbau von Uran international geächtet wird und bis zum endgültigen Ausstieg aus der Atomkraft nur noch Uran aus der Konversion von Kernwaffen und aus alten Beständen bezogen und verwendet wird.
- ein Bericht vorgelegt wird, der die gesundheitlichen Auswirkungen für die Menschen in den Abbauregionen und die Schäden für die Umwelt in den Herkunftsländern des in Deutschland verwendeten Urans untersucht und dabei insbesondere die betroffene Bevölkerung umfassend über die Folgen des Uranabbaus informiert und aufgeklärt werden.
- bis zur Durchsetzung einer weltweiten Ächtung des Uranabbaus auch innerhalb der Europäischen Union (Euratom Supply Agency, ESA) darauf hingewirkt wird, dass diese umfassende und verbindliche Arbeits- und Umweltschutzkriterien beschließen, die auch außerhalb der EU für die nach Europa importierten Uranmengen angewandt werden müssen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden mit den europäischen Grünen alles in ihrer Macht Stehende unternehmen, um diese Ziele umzusetzen und so Europa als ersten Kontinent vollständig wieder von der atomaren Industrie abzubringen und die traurigen Hinterlassenschaften dauerhaft so sicher wie irgend möglich zu verwahren.